
Für ein soziales und faires Europa

Erklärung des Vorsitzes

Im Rahmen der Parlamentarischen Dimension der Deutschen Ratspräsidentschaft fand am 9. November 2020 die interparlamentarische Konferenz „Für ein soziales und faires Europa“ statt. An der Konferenz, die aufgrund der Corona-Pandemie im Videoformat stattfand, nahmen Abgeordnete aus 22 EU-Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament sowie als Beobachter ein Abgeordneter aus Norwegen teil. Die Abgeordneten befassten sich mit der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte sowie der Verantwortung europäischer Unternehmen entlang ihrer globalen Lieferketten. Die inhaltlichen Diskussionsschwerpunkte lagen im ersten Teil auf den sozialen Herausforderungen im Zuge der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie sowie dem europäischen Rahmen für Mindestlöhne. Der zweite Teil der Konferenz befasste sich mit der Frage, wie eine rechtlich verbindliche Regelung auf europäischer Ebene ausgestaltet werden kann, um zu fairen Arbeitsbedingungen und zur Einhaltung von Umweltstandards in Drittstaaten, mit denen die EU Handel betreibt, beizutragen.

Wir, die Vorsitzenden der Konferenz,

- bekräftigen das Ziel, die soziale Dimension der EU zu stärken und die Europäische Säule sozialer Rechte weiter mit Leben zu füllen. Daher begrüßen wir die Ankündigung der Europäischen Kommission, Anfang 2021 einen Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule vorzulegen;
- anerkennen die wirkungsvolle Reaktion der Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen, insbesondere der Kommission, auf den Ausbruch der COVID-19-Pandemie, gerade im sozialen Bereich und befürworten die neu eingeführten Instrumente auf europäischer Ebene, insbesondere das mit 100 Mrd. Euro ausgestattete Instrument SURE zur Unterstützung von Kurzarbeitsregelungen in den Mitgliedstaaten;
- sprechen uns dafür aus, Maßnahmen gegen Sozialdumping zwischen den Mitgliedstaaten zu ergreifen und einem Wettbewerb um niedrige Löhne auf dem Binnenmarkt entschieden entgegenzuwirken;
- begrüßen, dass die Europäische Kommission Ende Oktober 2020 einen Vorschlag für einen Rahmen über angemessene Mindestlöhne in der EU vorgelegt hat und sprechen uns für konstruktive und zügige Verhandlungen von Rat und Europäischem Parlament dazu aus;
- stellen fest, dass Mitgliedstaaten mit einem starken Sozialstaat, in dem das Gesundheitssystem, die sozialen Sicherungssysteme sowie die öffentlichen Arbeitsverwaltungen gut funktionieren, besser die Folgen der Pandemie bewältigen können;

-
- befürworten eine noch intensivere Zusammenarbeit auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene im Sozialbereich. Solidarität und Souveränität sollten die Schlüsselbegriffe dieser Zusammenarbeit sein;
 - sind der Auffassung, dass eine EU, die mehr Verantwortung in der Welt übernehmen und ihre globalen Handelsbeziehungen weiter vertiefen möchte, in Zukunft umso stärker für den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Umwelt in Drittstaaten Sorge tragen muss;
 - begrüßen, dass einige Mitgliedstaaten bereits Gesetze erlassen haben, um insbesondere den Schutz der Menschenrechte entlang globaler Lieferketten sicherzustellen. Wir wünschen uns darüber hinaus weitere Kraftanstrengungen der Mitgliedstaaten und der EU, um verbindliche Sorgfalts- und Rechenschaftspflichten für europäische Unternehmen einzuführen und mahnen an, dass die Ankündigung einer Initiative auf EU-Ebene keine Ausrede für die Mitgliedstaaten dafür sein darf, auf eigene gesetzliche Regelungen zu verzichten oder diese aufzuschieben;
 - sehen der für Anfang 2021 angekündigten legislativen Initiative der Europäischen Kommission mit Spannung entgegen und verbinden mit der beabsichtigten Harmonisierung auf EU-Ebene die Hoffnung auf gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmenden, unter denen ausbeuterische Produktionsbedingungen künftig kein Wettbewerbsvorteil mehr sein dürfen;
 - sprechen uns dafür aus, dass auf EU-Ebene eine Sektor übergreifende Regelung zu Sorgfalts- und Rechenschaftspflichten entlang globaler Lieferketten getroffen wird, die über die Einhaltung von Menschenrechten auch den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Umwelt und des Klimas umfasst und zur effektiven Durchsetzung Überprüfungs- und Sanktionsmöglichkeiten vorsieht;
 - bekräftigen, dass mit der Einführung verbindlicher Regeln für die Überwachung globaler Lieferketten die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU in die Lage versetzt werden sollen, Gewissheit über die Bedingungen, unter denen ihre Konsumgüter hergestellt werden, zu erlangen.

Für den Vorsitz

Matthias Bartke
Vorsitzender
Ausschuss für Arbeit
und Soziales

Uwe Kekeritz
Stellvertretender Vorsitzender
Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung